

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M., durch die Post bezogen monatl. 2,20 M., ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt. Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 10-15 Uhr, Sonnabends 13-15 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gebundene Nonpareilzeitung oder deren Raum 1,35 M.M. für Familienanzeigen 0,20 M.M. für die Restzeitung am Freitag an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 M.M. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 25. März 1929

Nummer 71

## KPD legalisiert faschistische Diktatur! Der preußische Innenminister kündigt KPD- und NSD-Verbot an

Berlin, 25. März. (Eig. Drahtbericht.)

Unter der Überschrift „Eine letzte Warnung!“ hat Sonnabendabend der sozialdemokratische preußische Innenminister Grzesinski ein Kommuniqué herausgegeben, in dem er die faschistischen Ausschreitungen der letzten Wochen zum Anlaß nimmt, um unambiguos ein Verbot der kommunistischen Partei Deutschlands und des Roten Frontkämpferbundes anzubringen. Der Erlaß schließt mit den Worten: „Ich werde gegen die radikalen Organisationen mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos einschreiten.“ Dabei würde ich auch vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückstehen, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben. Die Polizeiverwaltungen in Preußen habe ich mit Erlaß vom heutigen Tage mit entsprechenden strikten Anweisungen versehen.“

Der Wortlaut dieser ungeheuerlichen Kundgebung ist absichtlich so gefaßt, als ob Herr Grzesinski auch den Rechtsorganisationen zu Verbot geben wolle. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Sind doch die sozialdemokratischen Minister, einschließlich des Herrn Grzesinski, fleißige Anhänger bei dem Ehrenpräsidenten der größten faschistischen Organisation, des Stahlhelms. Die sozialdemokratischen Minister sind viel zu sehr Befehlsleute des Großbürgertums, als daß sie derartige Trugschlüsse auch nur anzudeuten wagen würden.

Wenn die Androhung der Auflösung politischer Vereinigungen in die Adresse des Roten Frontkämpferbundes und der kommunistischen Partei gerichtet. Die Politik der sozialdemokratischen Koalitionsregierung im Reich und in Preußen ist so reaktionär, daß die Bürgerlich-administrativen wahllos Verhaftungen waren. Mit den Namen Hermann Müller, Genesing, Hilferding und Wissel ist die Schande des Vongertenters A und der übrigen Kriegskolonne, ist die militärische Unterstützung des deutschen Kapitals, ist das Hintertreiben der Ruhrproletariat in die Betriebe der Kapitalisten zu deren Bedingungen, ist die Erhöhung der Steuerlasten für das wertvolle Volk untrennbar verknüpft.

Heute zeitigt diese Politik ihre Früchte. Die sozialdemokratischen Sozialorganisationen befinden sich in einer anarischen Unordnung. Selbst erheben sich die Stimmen der betrogenen Mitglieder. In Massen strömen sie nach links. Wenn es dafür noch eines besseren Beweises bedürft hätte, so ist er in den letzten Tagen hundertfach erbracht durch den beispiellosen Sieg der revolutionären Opposition bei den Berliner und Dresdner Betriebsarbeiterwahlen, durch den kühnen Vormarsch der Opposition in den Zehnerrevieren des Ruhrgebietes, durch die Eroberung der Betriebsratspositionen in Hunderten von Betrieben, die bisher reformistisch beherrscht waren.

Das sehen und fühlen die sozialdemokratischen Führer. Sie leben, wie laminarartig der Widerstand gegen ihren Verrat in den Betrieben wächst, sie leben, daß der Belagerungsstatus ihres Körperlebens in den Fabriken und Stempelstellen einen Massenstreik des Proletates auslöst, daß die Delegierten aller Berliner Großbetriebe mit proletarischer Kühnheit erklären, daß sie am 1. Mai sich nicht in die Säle necken, sondern unter den Forderungen der KPD trotz aller Verbote auf den Straßen marschieren werden. Jeden Tag bestätigen neue Ereignisse, daß die kommunistische Partei das machtvoll erstarrende Zentrum des roten Widerstandes gegen die kapitalistische Politik von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen und NSD-Männern ist.

Eben darum kündigt der Minister des Konfords mit der katholischen Kirche, der Herr, der den Pfaffen 800 Millionen bis eine Milliarde in den unerlölichen Taschen werfen will, der schon so manche Rotfront-Ortsgruppe verboten hat — eben deshalb kündigt er nunmehr für ganz Preußen die Auflösung der kommunistischen Partei und der Rechtsorganisation des Proletariats an. Das ist die Vorwegnahme und Vorbereitung der Eugenberg-Diktatur. Eben noch hat der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, der Herr über Banken, Zeitungen und Kilmontone, vor seiner preußischen Landtagsfraktion erklärt, daß die „Invaliden, Knappschiffs, Angestellten und Erwerbslosenversicherung abgebaut, und durch die Diktatur mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung die Arbeiterkraft niedergedrückt werden müsse. Der Sozialdemokrat Grzesinski erweist sich als sein gelehriger Schüler. Eugenberg hat gepliffen. Und schon rückt Grzesinski mit seinem Erlaß heraus.

Wenn es noch eines schlagenden Beweises bedürft hätte für unsere Behauptung über die Ursache der vorzeitigen Landtags-

auflösung durch ein bürgerliches Klagengericht, daß nämlich heute die deutsche Bourgeoisie ihre faschistische Diktatur nicht auf dem primitiven Wege des alleinigen Terrors „rechtserblicher“ Verbände aufzurichten sucht, sondern die Form der Legalisierung, der geschwäglichen Verankerung einer faschistischen Diktatur mit Hilfe der sozialdemokratischen Koalitionsgegner wählt, so ist diese „Warnung“ des sozialdemokratischen Innenministers Beweis genug. Der ganze Charakter dieser Warnung ist jedoch noch verschärft durch einen damit verbundenen „Erlaß“ an die preußischen Polizeibehörden, in dem nicht nur die Auflösung öffentlicher Versammlungen „unter freiem Himmel“, sondern auch

**Auflösung von Versammlungen in geschlossenen Räumen**

angewiesen wird. Daß sich die schamlosen Drohungen des SPD-Polizeibürokraten nur gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen richten, beweisen folgende Kommentare Scheuender Zeitungen der großkapitalistischen Auftraggeber Grzesinkis.

**Die Deutsche Allgemeine Zeitung:**

„Der preußische Innenminister hat wahrscheinlich das Richtige getan, wenn er an seine kommunistischen Freunde von Rotfront die oben wiedergegebene Mahnung gerichtet hat, denn nach Lage der Dinge kann sich keine Mahnung nur auf diese Bewegung, nicht auf die rechte beziehen. Nicht nur der Stahlhelm richtet sich seit langem nach den Befehlen, die ihn auf Einhaltung der Gehehe verpflichten, sondern sogar die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die bereits vor Wochen in ihren Organen vor einer Politik der Ausschreitungen eindringlich warnt.“

Die Bourgeoisie begnügt sich natürlich nicht mit den Drohungen des sozialdemokratischen Polizeibürokraten. Deshalb fordert die

**Berliner Börsenzeitung:**

„Wenn auch eingeräumt werden soll, daß diese Verfügung einen gewissen Fortschritt gegenüber der bisherigen Verhelf bedeutet, letzten Endes bleibt auf sie eine halbe Mahnung. Durchgreifende Abhilfe schafft nur ein Mittel, die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes, des Roten Jungarmes und der anderen kommunistischen Vororganisationen. Das Verbot ist längst fällig. Wie lange will es Herr Grzesinski noch hinauschieben?“

Angesichts dieser offen faschistischen Propaganda wendet sich die kommunistische Partei an die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands und macht sie auf den durch Grzesinski drohenden Diktaturverstoß mit höchstem Nachdruck aufmerksam. Seit langem fordert die Bourgeoisie und vor allem ihr rechter Flügel das Verbot der kommunistischen Partei und des RFB. Bisher haben die SPD-Führer es nicht gewagt. Jetzt, wo die KPD von Erfolg zu Erfolg schreitet, wo sie sich anheißt, die Mehrheit des deutschen Proletariats um ihre Fäden zu sammeln, soll das Verbot durchgeführt werden. Wir lassen uns durch die Drohungen Grzesinkis nicht schrecken. Denn wir wissen, daß sich um die Partei des Proletariats Hunderttausende und Millionen von Arbeitern jähren werden, bereit, sie mit Zähnen und Nägeln zu verteidigen. Grzesinski und Seering wollen eure Partei verbieten, Arbeiter? Antwortet ihnen morgen und in den nächsten Tagen mit Bann!

durch die Wahl eurer Betriebsräte,

durch Masseneintritt in die kommunistische Partei und in den Roten Frontkämpferbund!

Für die tatsächlichen Arbeiter aber gilt es

auch die tatsächlichen Landtagswahlen

vorzubereiten und durchzuführen gegen die sozialdemokratischen Schrittmacher des Faschismus, gegen die legalisierte faschistische Diktatur mit Hilfe der SPD!

Nieder mit dem Sozialfaschismus!

Nieder mit den Ministerfaschisten, den Beauftragten der deutschen Bourgeoisie!

Kampf für den Sieg der kommunistischen Partei über alle Feinde der Arbeiterklasse!

**Berliner Jungarbeiter demonstrieren gegen Grzesinkiverbot**

Berlin, 25. März. (Eig. Drahtbericht.)

Trotz Demonstrationverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jürgel demonstrieren am Sonntag in Neutölln über 300 Jungarbeiter etwa dreiviertel Stunde lang. Eine große Menge Arbeiter begleitete den Zug. In der Fierst und Steinstraße begrüßten die Arbeiter aus den Fenstern durch Händeklatschen und Rot-Front-Rufe die Demonstranten. Viele Nieder-Rufe auf die Polizei erschallen. In der Bergstraße wurde die Demonstration mit einer Kundgebung gegen das Demonstrationverbot aufgehoben. Die Polizei kam nicht dazu, einzuschreiten.

## Anweisungen des Zentralkomitees

An alle Bezirksleitungen, Unterbezirksleitungen und Ortsgruppen, an alle Organisationen und Mitglieder der KPD

Knächtlich des Erlasses Grzesinkis an die Polizeibehörden sind folgende Anweisungen des Zentralkomitees in allen Organisationen sofort durchzuführen:

1. Der gesamten Arbeiterklasse ist klarzumachen, daß der Erlaß Grzesinkis eine offene Ankündigung des Verbots der KPD, des RFB und aller revolutionären Organisationen bedeutet. Grzesinkis — der sozialdemokratische Innenminister der preußischen Koalitionsregierung — verhängt über ganz Preußen den tatsächlichen Ausnahmezustand gegen die kommunistische Bewegung. Damit gibt er das Signal zur gewaltsamen Unterdrückung der proletarischen Kampforganisationen in ganz Deutschland. Dieser Erlaß ist der kräftigste Ausdruck für die Ja-Sprechung der politischen Lage, für die Verschärfung des Klassenkampfes und für die Bereitschaft der registrierten Sozialdemokratie, mit faschistisch-diktatorischen Methoden die Klassenbewusste Arbeiterklasse zu knebeln und zu unterdrücken.

2. Die koalitions-polizeiliche Reaktion schreitet unter aktiver Leitung der Sozialdemokratie zum Angriff gegen die Vorhut der Arbeiterklasse, weil sich die Bourgeoisie durch die wachsenden Erfolge der Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften, durch die mächtige Welle proletarischer Wirtschaftskämpfe, durch den revolutionären Vormarsch der Arbeiterklasse bedroht fühlt.

3. Die kommunistische Partei, die untrennbar mit den breitesten Arbeitermassen verbunden ist, wird um keinen Preis unter dem Druck reaktionärer Drohungen und Zwangsmahnen ihren Kampf für die Interessen des Proletariats auch nur um Haarsbreite abschwächen. Jedes Zurückweichen vor der Reaktion, jede Taktik der feigen Kapitalisten bedeutet in der gegenwärtigen Situation einen Verrat an der Arbeiterklasse. Alle bezartigen Tendenzen, wo immer sie auftauchen, sind schonungslos zu bekämpfen.

4. Alle Maßnahmen zur Sicherung der Partei, ihrer Kadern und Kampfmittel sowie aller anderen revolutionären Organisationen sind unverzüglich durchzuführen.

5. Alle Parteiorganisationen und die gesamte Parteipresse müssen eine verstärkte, aufrüttelnde Agitation entfalten, um die

breitesten Massen gegen das drohende Verbot zu mobilisieren.

6. In allen Bezirken sind öffentliche Massenversammlungen und, wo es zweckmäßig ist, Kundgebungen unter freiem Himmel zu veranstalten, um einen Massensturm gegen die arbeitserfindlichen Unterdrückungsmahnen der sozialdemokratisch-bürgerlichen Reaktion zu entfesseln.

7. In allen Betrieben müssen die Kommunisten die Initiative ergreifen, um in Betriebsversammlungen und Kundgebungen jeder Art den letzten Entschluß der Arbeitermassen zu demonstrieren, die Partei und die Organisationen, die für die proletarischen Interessen kämpfen, gegen jeden Angriff zu schützen.

8. In allen Gewerkschaften muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition eine scharfe, die breitesten Massen umfassende Protestaktion gegen die Maßnahmen Grzesinkis einleiten.

9. Die sozialdemokratischen Kaskaden der Bourgeoisie holen zu einem proletarischen Schlag gegen das revolutionäre Proletariat aus, um die Vorbereitungen zu imperialistischen Krieg und die Fortführung der brutalen Unterdrückungsmaßnahmen durchzuführen. Die kommunistische Partei, jede einzelne ihrer Organisationen und jedes einzelne ihrer Mitglieder müssen diesen gewaltsamen Angriff der Reaktion mit höchster Entschlossenheit, unüberwindlichem Mut und eiserner Disziplin abwehren. Der Kampf gegen die Kriegsgelahr, gegen das Unternehmertum, gegen den kapitalistischen Staat und gegen den verdränglichen Reformismus wird auf der ganzen Linie fortgesetzt. Unter diesem Zeichen gilt es, die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe, die Betriebsratswahlen, die Gewerkschaftsarbeit, die Kundgebungen, das Reichstreffen des RFB und alle anderen proletarischen Bewegungen zu organisieren.

Berlin, den 25. März 1929.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

oscher  
waren  
ständig  
z. P. L. S. W. S. / Linksmark  
n 7%, Rabatt  
Schachtel  
denau  
Schulstraße 41  
der  
schinen  
pparate  
elenplatten  
Aufnahme  
araturen  
lang  
sch- und  
waren  
Schneider  
Bismarckstr. 14  
Koladen  
ckwaren  
Sch. Heiden  
gstraße 4c  
nen-  
arten-  
Feld-  
men  
gemittelt  
tmittel  
ßwald  
am Markt  
Einkäufen  
Hausfrau in  
erantell der  
eritim e,  
vorzugt  
werten An-  
derselben  
grundsätz-  
ni bei  
seranten  
mischürzen  
en und Röder  
mischürzen  
reischürzen  
ld Ringe,  
Canac Str. 17  
ng!  
leidung  
pflege  
platz  
heit  
(E. V.)  
29  
Sättel,  
Fahr-  
schinen  
-süd  
ung, sowie  
marbeitung  
Pipna  
straße 20